

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Spiegel
<b>Herausgeber:</b>	Guggenbühl und Huber
<b>Band:</b>	45 (1969-1970)
<b>Heft:</b>	8
 <b>Artikel:</b>	Innerdeutsche Gipfeltreffen : Ringen um Vertrauen
<b>Autor:</b>	A.M.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-1079251">https://doi.org/10.5169/seals-1079251</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Ringen um Vertrauen

Nach dem Erfurter Treffen vom 19. März werden die beiden Regierungschefs von Ost- und Westdeutschland, Bundeskanzler Willy Brandt als Vertreter der Bundesrepublik und Willi Stoph als Ministerpräsident der DDR, sich in der zweiten Mai-Hälfte erneut begegnen, diesmal in Kassel. Die Kommentare über die Aussprache von Erfurt gehen weit auseinander. Sie reichen – je nach politischer Einstellung – von extremem Pessimismus bis zu übertriebenem Optimismus. Es gibt Interpreten, die im Händedruck von Brandt und Stoph bereits den ersten Akt zur Wiedervereinigung Deutschlands sehen, und es gibt andere, die überzeugt sind, dass damit die Teilung Deutschlands endgültig zementiert worden sei.

Welchem «Lager» man auch immer angehört, die Vorgänge, die vor mehr als zwanzig Jahren zur Teilung geführt haben, muss man gerade in diesen Wochen sich wieder erneut ver-

gegenwärtigen. Am Anfang der deutschen Nachkriegsentwicklung steht das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, worin es unter anderem heißt:

«Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsbürokratien errichtet werden... Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermässigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen...»

Daraus mag man vielleicht eine westliche Konzession gegenüber Moskau herauslesen. Aber schon lange vorher, am 15. September 1944, war im Verlauf einer Konferenz zwischen Präsi-

dent Roosevelt (USA) und Ministerpräsident Churchill (Großbritannien) beschlossen worden:

«Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die UdSSR werden bezüglich Deutschlands höchste Machtvollkommenheit haben. In der Ausübung dieser Macht werden sie solche Massnahmen treffen, einschliesslich der völligen Entwaffnung, Entmilitarisierung und Zerstörung, als sie für den künftigen Frieden und die Sicherheit für notwendig halten.»

Das Jahr 1948 verlagerte den Zweikampf mehr und mehr auf die wirtschaftspolitische Ebene. Im Juni setzten die westlichen Alliierten die Währungsreform durch. Ihre Bemühungen, eine einheitliche Regelung auch für Groß-Berlin durchzuführen, scheiterten am sowjetischen Widerstand. Wenige Tage später verfügten sie, dass die westdeutsche Währung auch in Westberlin eingeführt werde, und tags

Fr. 11 270.—

**Renault 16 TS —  
bei jedem Wetter sicher  
und komfortabel!**

**RENAULT (Suisse) SA**

**Zürich**  
Gartenhofstrasse 17  
Telefon 051 / 44 95 50

**Regensdorf**  
Riedhofstrasse 124  
Telefon 051 / 71 10 10

**Genf**  
7, Bd de la Cluse  
Téléphone 022 / 24 32 50



Das Glas des Anstoßes: (v.l.n.r.) Aussenminister Otto Winzer und Ministerpräsident Willi Stoph (DDR) mit Bundeskanzler Willy Brandt und Minister Egon Franke (Bundesrepublik) in Erfurt.

darauf reagierte die Sowjetunion mit einer separaten Währungsreform für ihren Machtbereich, wollte sie allerdings auf Gross-Berlin ausdehnen. Von nun an standen sich die Lager feindlich gegenüber.

Die politischen Konsequenzen dieser wirtschaftlichen Gegebenheiten folgten. Am 7. September wurde die Bundesrepublik Deutschland proklamiert. Konrad Adenauer wurde eine Woche später mit einer Stimme Mehrheit zu deren Bundeskanzler gewählt. Der Gegenschlag des Ostens bestand in der Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949.

All diese deutschen Vorgänge sind von der internationalen Politik nicht zu trennen. Das Wort Churchills, schon im März 1946 gesprochen, gab leider die Wirklichkeit in treffender Weise wieder und wurde zur geflügelten Formulierung:

«Von Stettin an der Ostsee bis nach Triest an der Adria hat sich ein eiserner Vorhang über den Kontinent gesenkt.»

Als dann die Politik Stalins in Korea zur Konfrontation zwischen Ost und West zu führen drohte, verhärtete sich die Situation gefährlich. Zwar hatte die feste Haltung des Westens die vom Osten über West-Berlin verhängte Blockade aufzubrechen und so dem Gegenspieler eine erste massive Niederlage zu bereiten vermocht, aber der Wille, das militärische Überge wicht des Westens zu erzwingen, um den Osten in die Knie zu zwingen, wurde zum Leitgedanken verschiedener amerikanischer Führungskreise. Bundeskanzler Adenauer hatte dies im März 1952 klar auch als seine eigene Meinung formuliert:

«Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrussland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrussland gekommen.»

Die westeuropäisch-integrierte Wiederbewaffnung Deutschlands scheiterte allerdings am französischen Parlament, das die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» im Jahre 1954 ablehnte. Doch kaum acht Monate später war die Bundesrepublik be-

reits in die «Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft» (NATO) eingegliedert. Am 5. Mai 1955 trat dieses Abkommen in Kraft, und eine Woche nachher wurde in Warschau der östliche Militärpakt geschmiedet, dem sich ihrerseit die DDR anschloss, die allerdings bereits 1948 mit der Aufstellung kasernierter Volkspolizei begonnen hatte.

Eindeutig geht aus diesem allseitigen Überschneiden hervor, wie schwer es ist, einen Ausweg zu finden. Nach der Manier beleidigter Schuljungen, die immer dem Mitspieler vorwerfen, zuerst angefangen zu haben, kann das Problem nicht gelöst werden. Bundeskanzler Willy Brandt – endlich wieder ein westdeutscher Regierungschef, dessen Weste keine braunen Flecken aufweist – hat für sich und seine Politik eine einmalige Chance. Dass er sie wahrgenommen hat, spricht für ihn. Nun wird nämlich der Osten, der so oft im Negativen nachgezogen hat, auch im Spiel um das wiederzugewinnende Vertrauen nachziehen müssen.

A. M.